

Stadtverordnetenversammlung am 17.12.2019**Beschlussvorlage BV/0070/2019 – Haushaltssatzung 2020 / 2021**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren,

der Entwurf zur Haushaltssatzung für die Jahre 2020 / 2021 hat die Arbeit der CDU-Stadtfraktion seit Ende Oktober geprägt. Auch wir sind zu Beginn der Diskussionen davon ausgegangen, dass eine Beschlussfassung der Satzung auf Grundlage des Umfanges der Haushaltsplanungen und der zu erwartenden Anzahl von Änderungsanträgen zeitlich im Dezember 2019 nicht möglich sein wird.

Die CDU-Stadtfraktion bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen der Haushaltsdiskussionen. Ein besonderer Dank gilt dem Kämmerer Herrn Siebert für seine insgesamt für die Stadt Eberswalde geleistete Arbeit und allen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung für die sachlichen Aussprachen zu den Änderungsanträgen. Auf dieser Basis halten wir heute die Haushaltssatzung für beschlussfähig.

Unsere Änderungsanträge beziehen sich u. a. auf die Erhöhung der finanziellen Mittel für die Geh- und Radwegsanierung auf 400.000,00 EUR, auf eine zusätzliche Personalstelle im Referat für Wirtschaftsförderung und auf die Erarbeitung von Städtebaulichen Klimaschutzrichtlinien zur Durchsetzung und Beurteilung von Klimaschutzmaßnahmen im Stadtgebiet.

Infolge des Brandereignisses vom 02. Dezember 2019 in der Maria-Magdalenen-Kirche haben wir den Antrag auf die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 50.000,00 EUR gestellt, die über einen Zuwendungsbescheid nach Antragstellung zweckgebunden eingesetzt werden sollen. Dafür haben wir bisher eine breite Zustimmung erhalten.

Als Miteinreicher z. B. für die Anträge zu einem Erweiterungsbau an der Grundschule Finow und zur Erweiterung der Personalkapazitäten bei den Streetworkern haben wir uns bei der Lösung der bestehenden Probleme mit eingebracht.

Im Stellenplan der Stadt Eberswalde sind 576 Stellen für die Jahre 2020 / 2021 ausgewiesen. Diese Stellen sind teilweise zur Zeit unbesetzt bzw. wurden neu geschaffen. Im Rahmen der Besetzung der offenen Stellen wird deutlich, dass der Fachkräftebedarf nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in den Verwaltungen nicht mehr gedeckt werden kann. Die Lösung kann nur darin bestehen, Arbeitskräfte in der Region verstärkt auszubilden und zu halten bzw. diese verbunden mit einem Zuzug für unsere Region zu gewinnen. Dabei sollten die Verwaltung und Unternehmen gemeinsam agieren. Nur dadurch wird in den nächsten Jahren die Arbeit der Verwaltung und in den Unternehmen den perspektivischen Anforderungen entsprechen.

Die CDU-Stadtfraktion wird mit ihrer Zustimmung zum Haushaltsplan ihrer Mitverantwortung für die städtischen Finanzen gerecht und trägt somit zur weiteren vollen Handlungstätigkeit der Stadtverwaltung bei.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Uwe Grohs, Fraktionsvorsitzender